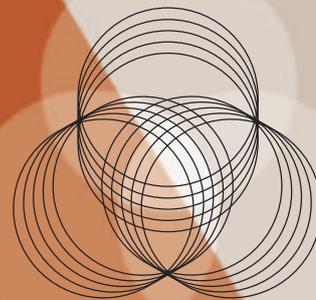


IFSH aktuell 105



Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg

April - Juli 2014

Bericht der „Deep Cuts“-Kommission vorgestellt

Am 28. und 30. April 2014 haben ausgewählte Mitglieder der trilateralen „Deep Cuts“-Kommission den ersten Bericht der Kommission, „Preparing for Deep Cuts: Options for Enhancing Euro-Atlantic and International Security“, in Washington und New York vorgestellt.



„Deep-Cuts“-Kommissionsmitglieder Götz Neuneck, Ulrich Kühn und Steven Pifer (v.l.n.r.) bei der Brookings Institution (copyright Arms Control Association, ACA)

Der Kommissionsbericht, der sowohl in Englisch als auch in Russisch vorliegt, konzentriert sich auf die momentan bestehenden politisch-militärischen Hindernisse auf dem Weg weiterer nuklearer Reduzierungen zwischen den USA und Russland und gibt konkrete Empfehlungen zu deren Überwindung. Die Diskussionen der Kommission während ihres ersten Arbeitstreffens in Hamburg (siehe IFSH aktuell 101) bildeten die Grundlage für die Empfehlungen. Inhaltlich konzentriert sich die Kommission im Bericht auf sechs thematische Felder: bilaterale strategische Reduzierungen, Adressierung taktischer Nuklearwaffen in Europa, Überwindung veralteter Einsatzdoktrinen, Raketenabwehrprogramme, konventionelle Präzisionssysteme und konventionelle Streitkräfte in Europa.

Die Ausarbeitung des konsensuell orientierten Berichts erfolgte in den Wochen kurz vor Beginn der Ukraine-Krise. Obwohl den Kommissionsmitgliedern der negative Einfluss der sich daraufhin verschlechternden Beziehungen des Westens zu Russland bewusst war,

entschieden sie sich doch für eine proaktive Veröffentlichung des Berichts, um auch vor einem Auseinanderbrechen noch bestehender kooperativer Strukturen im Bereich der Rüstungskontrolle zu warnen. Ein dem Bericht beigefügtes Addendum nimmt sich der aktuellen Ereignisse an und thematisiert die möglichen negativen Folgen einer Abkehr von bewährten Transparenz- und vertrauensbildenden Maßnahmen.

Vor dem Hintergrund dieser schwierigen internationalen Lage präsentierten am 28. April die Kommissionsmitglieder Ulrich Kühn (IFSH), Evgeny Miasnikov (Center for Arms Control, Energy, and Environmental Studies), Götz Neuneck (IFSH), Steven Pifer (Brookings Institution) und Greg Thielmann (Arms Control Association) den Kommissionsbericht bei der Brookings Institution in Washington. Bei der anschließenden Diskussion mit den rund 70 Besuchern stand vor allem die Problematik konventioneller Rüstungskontrolle und geeigneter Transparenzmaßnahmen im Vordergrund. Ulrich Kühn erklärte den An-

satz des Berichts, sowohl für mehr und spezifischere Transparenzmaßnahmen im Verhältnis zu Russland einzutreten, als auch grenznahe Limitierungen in einem neuen Ansatz zur konventionellen Rüstungskontrolle anzustreben. Im Bereich der strategischen Rüstungskontrolle erläuterte der ehemalige U.S.-Botschafter in der Ukraine, Steven Pifer, die Notwendigkeit, trotz der momentanen Schwierigkeiten im bilateralen amerikanisch-russischen Verhältnis niedrigere Obergrenzen zu avisieren. Durch entsprechende Maßnahmen könnten nicht nur enorme Einsparungen auf beiden Seiten erzielt, sondern auch die internationalen Abrüstungsverpflichtungen der USA und Russlands positiv bedient werden, so Pifer. Das anwesende russische Fernsehen (RTVi) berichtet anschließend ausführlich in seinem Abendprogramm über die Veranstaltung.

Nur zwei Tage später stellten die Kommissionsmitglieder den Bericht auf einer zweiten Veranstaltung am Rande des 3. Vorbereitenden Ausschusses des Nichtverbreitungsvertrags (NVV) erneut vor. Die öffentliche Diskussion fand in den Räumlichkeiten der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei den Vereinten Nationen in New York statt und wurde vom Stellvertreter des Ständigen Vertreters, Botschafter Heiko Thoms, mit einem Grußwort eröffnet. Dabei wies Thoms darauf hin, dass die momentane Krise umso mehr unterstreiche, wie wichtig trilaterale Gesprächsformate wie die „Deep Cuts“-Kommission seien. Besonders die Kosten eines möglicherweise jahrelangen Stillstands in der internationalen Rüstungskontrolle gelte es jetzt zu bedenken, so Thoms.

In der anschließenden Diskussion, die vom deutschen Botschafter der Ständigen Vertretung bei der Abrüstungskonferenz in Genf, Michael Biontino, moderiert wurde, unterstrich Götz Neuneck die Notwendigkeit, eine anzustrebende Multilateralisierung nuklearer Abrüstung durch signifikante Einschnitte in die bestehenden Potenziale der USA und Russlands vorzubereiten. Des Weiteren verwies er im Zusammenhang mit den NATO-



„Deep-Cuts“-Kommissionsmitglieder Evgeny Miasnikov, Götz Neuneck, Michael Biontino (Botschafter bei der Geneva Conference on Disarmament und Steven Pifer (v.l.n.r.) bei der Ständigen Vertretung Deutschlands bei den VN, New York (copyright by GermanyUN)

Plänen für eine Raketenabwehr in Europa auf Ansätze, mehr gegenseitige Transparenz zu erreichen, beispielsweise durch gemeinsame jährliche Vor-Ort-Übungen. Steven Pifer unterstrich die positiven Effekte einer

frühzeitigen Umsetzung der New-START-Reduzierungen noch vor dem vorgesehenen Implementierungsdatum im Jahr 2018. Evgeny Miasnikov schlug vor, dass Deutschland eine stärkere Führungsrolle in der Diskussion

um die taktischen NATO-Potenziale einnehmen solle.

Wie zu erwarten stand auch die Diskussion in New York ganz im Zeichen der Ukraine-Krise. Dabei wiesen die Kommissionsmitglieder darauf hin, dass eine Lehre aus der jetzigen Situation sein müsse, für die noch bestehenden Rüstungskontrollinstrumente eine höhere Krisenstabilität zu erreichen. Miasnikov warnte in diesem Zusammenhang vor einem Rückfall in die Zeiten des Kalten Kriegs. Abschließend betonten noch einmal alle Kommissionsmitglieder ihren Willen, den Gesprächsfaden innerhalb des trilateralen Projekts nicht abreißen zu lassen und auch in den kommenden Monaten die Arbeit für tiefere Einschnitte in die bestehenden Nuklearwaffenpotenziale fortzuführen.

Der Bericht der Kommission ist online abrufbar unter: <www.deepcuts.org/publications/reports>.

Kontakt: Ulrich Kühn

kuehn@ifsh.de

Laufende Aktivitäten zur Krise in der Ukraine

Seit Anfang 2014 wird die aktuelle friedens- und sicherheitspolitische Krise in und um die Ukraine am IFSH durch zahlreiche Aktivitäten in den Bereichen Forschung, Diskussion, Publikation und Politikberatung begleitet (vgl. ifsh aktuell 103). Im Folgenden drucken wir Auszüge aus einer Stellungnahme von Michael Brzoska zum anhaltenden Thema „Sanktionen in der Ukraine-Krise“ ab, berichten über Diskussionen im IFSH Forschungskolloquium und Interviewaktivitäten sowie ein Fachgespräch im Verteidigungsministerium.

Zur Wirkung von Sanktionen im Ukraine-Konflikt

Sanktionen gegen politische Akteure in Russland und der Ukraine sowie ein Waffenembargo gegen Russland machen Sinn. Weitergehende wirtschaftliche Sanktionen hingegen wären wahrscheinlich nicht hilfreich, sondern sogar eher kontraproduktiv, solange keine massive Eskalation der Konfrontation mit Russland das Ziel ist. Folgende Erkenntnisse aus der Literatur zu gewollten und ungewollten Wirkungen internationaler Sanktionen treffen meiner Einschätzung nach auf die politische und wirtschaftliche Situation in Russland zu:

- Sollte die Führung in Russland die Autonomiebestrebungen in der Ostukraine weiterhin aktiv unterstützen oder sogar militärisch intervenieren, wäre eine Ausweitung der Sanktionen gegen weitere Personen der russischen Elite der richtige nächste Schritt.
- Die von der EU und der US-Regierung beschlossenen Sanktionen haben viel Kritik erfahren. Den einen gehen sie angesichts der russischen Aggressivität gegen die Ukraine nicht weit genug. Andere wiederum fürchten eine weitere Eskalation der Krise. Beide Ansätze der Kritik sind überlegenswert, aber ihre Gegensätzlichkeit deutet auch an, dass die Sanktionspolitik gegenüber Russland Teil eines Balanceaktes sein muss. Harte wirtschaftliche Sanktionen würden diese Balance in Richtung Eskalation verschieben, ohne dass Veränderungen der russischen Politik gegenüber der Ukraine wahrscheinlich wären.
- Einen Politikwechsel in Russland durch massive Schädigung der russischen Wirtschaft herbeiführen zu wollen, ist unrealistisch. Die Führung in Moskau hat ihre Ukrainepolitik zu einem Kernelement ihres Projekts nationaler Erneuerung gemacht, auf dem in zunehmendem Maße ihr Legitimationsanspruch beruht. Auch hat sich das Verhältnis zwischen Russland und dem Westen inzwischen so weit verschlechtert, dass starker wirtschaftlicher Druck von außen eher zu einer Stärkung als einer Schwächung der Regierung führen dürfte. Auf jeden Fall dürfte es zu einer deutlichen Verschlechterung und Verhärtung der Beziehungen zwischen Russland und Westen kommen, mit entsprechenden Konsequenzen für die Bearbeitung einer Reihe von globalen und regionalen Problemen.
- Zumindest einen kleinen sinnvollen Beitrag zur Einschränkung russischen Handlungsspielraums würde ein Waffenembargo leisten, das den Zugang der russischen Streitkräfte und Rüstungsindustrie zu moderner Rüstungstechnologie erschweren würde. Ein Waffenembargo würde darüber hinaus ein klares Signal senden: keine Unterstützung militärischer Aktionen Russlands.
- Signale senden auch die Personensanktionen, die bereits von den USA und der EU verhängt worden sind und die möglicherweise in Zukunft noch verhängt werden.

Symbolisches Handeln durch Sanktionen signalisiert die deutliche Verurteilung der russischen Ukrainepolitik. Sanktionen sind, auch wenn das wie eine Plattitüde klingt, ein Mittel der internationalen Politik zwischen Worten und Kriegen. Angesichts der russischen Aggressionen gegen die Ukraine hätten Worte nicht ausgereicht. Symbolische Sanktionen sind das richtige darüber hinausgehende Instrument der politischen Kommunikation mit der russischen Führung. Sie signalisieren die Bedeutung, die der Konflikt für den Westen hat. Auch symbolische Sanktionen wirken eskalierend, aber sie sind gut steuerbar und flexibel genug, um auf Veränderungen der russischen Ukrainepolitik, aus welchen Gründen und in welche Richtung auch immer, reagieren zu können. Eine ausführlichere Darstellung findet sich online unter <<http://www.sicherheitspolitik-blog.de/2014/05/22/sanktionen-gegen-politische-akteure-in-russland-und-der-ukraine/>>.

Kontakt: Michael Brzoska

brzoska@ifsh.de

Zweites Forschungskolloquium zur Ukraine

Am 25. Juni 2014 veranstaltete das IFSH sein zweites Forschungskolloquium zur aktuellen Krise in der Ukraine. Oberst Oleksandr Zhytnyk von den ukrainischen Streitkräften, ein früherer Baudis-

sin-Fellow am IFSH, skizzierte die militärische Lage und betonte die systematische Unterwanderung der Streitkräfte durch russische Geheimdienste. Danach umriss Nataliya Schapeler, eine gebürtige



Ukrainerin, die ersten Schritte von Präsident Poroschenko. Frank Evers konzentrierte sich auf den Umgang mit der Situation der russischen Minderheit in der Ukraine als einer der Konfliktursachen. Schließlich behandelte Elena Kropatcheva den öffentlichen Diskurs

in Russland, während Wolfgang Zellner einige Beobachtungen zum Krisenregulierungsprozess in der Ukraine teilte. Diesen Inputs folgte eine interessierte und lebhaft Diskussionsrunde in einem gut besuchten Forschungskolloquium.

Öffentlichkeitsarbeit

Obwohl sich das Interesse der Medien seit Anfang Mai stärker den Themen Drohnen, Krisen im Irak und im Nahostkonflikt zuwendet, gingen und gehen im IFSH-Öffentlichkeitsreferat weiterhin zahlreiche Interviewanfragen von Rundfunk und Zeitungen (NDR, Deutsche

Welle, Deutschlandfunk, WDR, ARD, Phoenix) ein, die von Michael Brzoska, Hans-Georg Ehrhart, Regina Heller, Götz Neuneck und Wolfgang Zellner bearbeitet wurden.

Fachgespräch „Die Ukraine als Herausforderung“ im Verteidigungsministerium

Am 24. Juni 2014 fand im Bundesministerium der Verteidigung das Fachgespräch „Die Ukraine als Herausforderung – Probleme und Perspektiven aus wissenschaftlicher Sicht“ statt. Nach einleitenden Worten von Admiral Thorsten Kähler folgten fünf Impulsreferate. Zunächst skizzierte Michael Brzoska die Problematik von Sanktionen (siehe oben), Hans-Georg Ehrhart referierte über Erfordernisse und Schwierigkeiten bei der Reform des Sicherheitssektors (SSR) angesichts der geplanten GSVP-Mission zur zivilen SSR, Frank Evers gab einen

Überblick über die Rolle der OSZE und ihr Potenzial zur Bewältigung des Konflikts und Götz Neuneck erläuterte die Rolle der Rüstungskontrolle. Katrin Böttger, stellv. Direktorin des Instituts für Europäische Politik (IEP), sprach über die europäischen Perspektiven der Ukraine. Die Impulsvorträge kommentierte Oberst Oleksandr Zhytnyk vom Verteidigungsministerium der Ukraine. Die Sitzung leiteten Oberst i.G. Helmut Friezsche und OTL i.G. Johann Schmid.

Kontakt: Susanne Bund

bund@ifsb.de

Laufende Medienarbeit zur Krise im Nahen Osten

Die Gazakrise erinnert daran, dass der israelisch-palästinensische Konflikt, von den politischen Umbrüchen und Kriegen im arabischen Raum seit 2011 an den Rand des Medieninteresses gedrängt, ungelöst ist. Im Zuge größerer bewaffneter Auseinandersetzungen in diesem asymmetrischen Konflikt – so um die Jahreswende 2008/09, im November 2012 und erneut seit Juli 2014 – steigt der Bedarf an unabhängiger Expertise. Gefragt wird nach Erklärungen für den aktuellen Gewaltausbruch, nach der militärischen Stärke der

Kontrahenten oder nach den Voraussetzungen für eine Unterbrechung der Kampfhandlungen. Darüber hinaus besteht Bedarf an Informationen über die Motive der unmittelbaren Konfliktparteien, im konkreten Fall Israels und der Hamas im Gazastreifen, aber auch über die langfristigen Interessen und Ziele beider Seiten. Die Anfragen gehen überwiegend an Margret Johannsen, die in ihrer Forschung über das palästinensische Staatsprojekt auch die Rolle semistaatlicher Akteure wie der Hamas untersucht. Wenn Interviews länger als

vier Minuten dauern, kommen gelegentlich auch diplomatische Einwirkungsmöglichkeiten von außen zur Sprache. Die Lage in der besetzten Westbank, von der die jüngste Eskalation in Gaza ihren Anfang nahm, ist selten Thema, auch die unlängst gescheiterten Vermittlungsversuche der US-Diplomatie scheinen abgehakt. Generell geht es in den Interviews darum, gegenüber einer bei den Gesprächspartnern ausgeprägten Skepsis die weiterhin bestehenden Möglichkeiten einer nachhaltigen politischen Lösung darzustellen.

Kontakt: Margret Johannsen

Johannsen@ifsb.de

Brainstorming Workshop „Die Zukunft der OSZE-Feldoperationen (Optionen)“

Am 27. Juni 2014 veranstaltete der Sonderkoordinator der Helsinki+40-Arbeitsgruppe zur Stärkung der Effektivität und Effizienz der OSZE, Botschafter Philip McDonagh, im Rahmen des Helsinki+40-Prozesses zusammen mit dem OSCE Network of Think Tanks and Academic Institutions einen Brainstorming-Workshop zum Thema „Die Zukunft der OSZE-Feldoperationen (Optionen)“. Das Treffen in der Wiener Hofburg war mit rund 80 Teilnehmern gut besucht, etwa 55 von Seiten der Delegationen und von den bald 20 Netzwerk-Instituten.

Der Workshop umfasste vier Arbeitssitzungen. Die erste befasste sich mit dem politischen Umfeld von Feldoperationen und wurde von

Hlib Yasnytsky vom Büro des OSZE-Projektkoordinators in der Ukraine und Kari Möttölä von der Universität Helsinki eingeleitet. Die zweite Sitzung behandelte Formen und Mandate von Feldoperationen, Einleitungsreferate hielten der Leiter der OSZE-Präsenz in Albanien, Botschafter Florian Raunig, und Frank Evers, IFSH/CORE. Die dritte Sitzung schließlich diskutierte strukturelle und Management-Herausforderungen. Einleitungsstatements hielten der frühere Leiter des OSZE-Zentrums in Aschabat, Sergey Belyaev, Michael Conneely von der OSZE-Mission in Bosnien-Herzegowina, und Pál Dunay, der Direktor der OSZE-Akademie in Bischkek. Die Diskussion, in der Vertreter von wenigstens zwölf Delegationen und aller

anwesenden Netzwerk-Institutionen sprachen, war ziemlich offen, konzentrierte sich auf praktische Fragen und war erstaunlicherweise nicht überpolitisiert. In der Abschlussitzung formulierten Botschafter Philip McDonagh, der Koordinator des Netzwerks, Wolfgang Zellner, und Botschafter Fred Tanner (OSZE-Sekretariat) Schlussfolgerungen für die Zukunft der Feldoperationen der OSZE. Nach der Präsentation der Studie „Threat Perceptions in the OSCE Area“ war dieser Workshop bereits das zweite Treffen, auf dem das OSCE Network of Think Tanks and Academic Institutions in gut sichtbarer Weise mit dem Helsinki+40-Rahmen der OSZE zusammenarbeitete.

Kontakt: Wolfgang Zellner

Zellner@ifsb.de

Konferenz zu TVBMs und Cybersecurity in Singapur

Auf Einladung des Centre of Excellence for National Security, S. Rajaratnam School of International Studies, Singapur hielt Ulrich Kühn am 3. Juli 2014 eine Rede zum Thema „Applying Insights Gained from Traditional TCBS

to Cyberspace“. Darin verwies er darauf, dass die zukünftige Etablierung von Transparenz- und Vertrauensbildenden Maßnahmen (TVBMs) stark von den vier Faktoren – Akteure, Ressourcen, Gebiete und Verantwortlichkeiten

– abhängt. Gerade bei den Akteuren sei vor dem Hintergrund einer starken Diversifikation (bspw. durch private Unternehmen oder die Zivilgesellschaft) auf Inklusivität zu achten. Als größte Erschwernis komme die fast unmögliche



Attribution hinzu. So sei es äußerst schwierig, Akteure im Cyberspace, bspw. im Falle eines Cyberangriffs zweifelsfrei zu identifizieren. Der doppelte Verwendungszweck der meisten Ressourcen stelle darüber hinaus viele Akteure vor eine Vielzahl von Hindernissen, so Kühn. Eine klare Einteilung, welche Materialien für einen zivilen bzw. militärischen Verwendungszweck gedacht seien, erscheint momentan unmöglich. Als Resultat würden zukünftige Transparenz- oder Verifikationsmaßnahmen ein extrem ho-

hes Maß an Kooperationsbereitschaft zwischen Staaten und privaten Akteuren erfordern. Des Weiteren gelte, dass die traditionelle Herangehensweise an TVBMs nicht auf den Cyberspace übertragbar sei. Während bei traditionellen TVBMs spezielle geografische Zonen, wie bspw. Grenzregionen im Zentrum ständen, erfordere der Cyberspace eine neue Herangehensweise, um bspw. Server-Knotenpunkte, Unterwasserkabel oder Nuklearanlagen zu sichern. Bei der Verantwortlichkeit gelte es schließlich, den

Mangel an Steuerung sowohl auf der Ebene der Nationalstaaten als auch im Geltungsbereich internationaler Organisationen zu überwinden. Sehr wahrscheinlich werde sich ein inklusiver und fortgesetzter Dialog auf Staatenebene mit dem Ziel gemeinsamer Definitionen für die umstrittensten Thematiken als erste TVBMs herausstellen. Der nächste Schritt müsse dann die vorsichtige Etablierung gemeinsamer Prinzipien und Normen sein.

Kontakt: Ulrich Kühn kuehn@ifsh.de

Call for papers

„Zeitgenössische Formen des Protests im euro-asiatischen Raum: Herausforderungen für Sozialwissenschaften, Psychologie und Geisteswissenschaften“ – Konferenz finanziert von der Akademie der Wissenschaften in Hamburg, 23-24 Oktober 2014

Auf der geplanten Konferenz werden die Arbeiten junger Forscher/-innen (PhD, Post-Docs) aus Hamburg, Deutschland und Europa zu sozialen Bewegungen, Protest und politischer Gewalt dargestellt, deren unterschiedliche disziplinäre Herangehensweisen wie auch deren Umgang mit empirischen und theoretischen Herausforderungen in den Forschungsfeldern: ‚alte‘ und ‚neue‘ Protestbewegungen, Motivationen einzelner Akteure zur Teilnahme an Protestbewegungen im Allgemeinen und

zur Gewalt im Besonderen sowie Einfluss des sozio-kulturellen und politischen Kontextes auf die Gestaltung und Erscheinungsform von Protestbewegungen. Die besten Beiträge sollen für die Veröffentlichung im Rahmen eines Sonderbandes ausgewählt werden.

Die Konferenz wird von Elena Kropatcheva, Daniela Pisoiu, Sebastian Schiek (alle IFSH), Klaus Michael Reininger (Universität Hamburg, Institut für Psychologie) und Anja Franke-Schwenk (Christian-Albrechts Uni-

versität zu Kiel, Collegium Philosophicum) organisiert. Dank der finanziellen Unterstützung durch die Akademie der Wissenschaften in Hamburg werden Unterkunft, Verpflegung und begrenzte Reisekosten für alle ausgewählten Autor/-innen gedeckt. Interessenten werden gebeten, ein Abstract von bis zu 500 Wörtern sowie ein Kurzprofil bis zum 31. August an Daniela Pisoiu (pisoiu@ifsh.de) zu schicken. Für weitere Informationen siehe: <<http://ifsh.de/en/news/detail/of/news-665/>>

P E R S O N A L I A

Umweltmonitoringsysteme, die der Überwachung von Flüchtlingsströmen dienen, Klimaanpassungsprogramme, die gewaltsame Konflikte verhindern sollen, Projekte zu erneuerbaren Energien, die zu Kooperation und Integration führen sollen: Die Verknüpfung von ökologischen, sicherheits- sowie entwicklungspolitischen Zielen nimmt in der internationalen Politik eine zunehmend wichtige Rolle ein. Diesem Phänomen geht **Delf Rothe** seit Anfang Juli 2014 mit seinem Forschungsprojekt zu ökologischen Konzepten in der Entwicklungs- und Sicherheitspolitik von Nachhaltigkeit zu Resilienz nach. Bereits in seinem Dissertationsprojekt im Bereich Internationale Beziehungen an der Universität Hamburg hat sich Rothe mit dem Zusammenwirken von Umwelt- und Sicherheitsdiskursen sowie deren politischen Implikationen beschäftigt. Zuletzt war Rothe als wissenschaftlicher Mitarbeiter im Team von Annette Jünemann an der Helmut-Schmidt-Universität tätig.



Gemeinsam mit Frau Jünemann hat er dort ein Forschungsprojekt zu euro-mediterranen Beziehungen nach dem Arabischen Frühling geleitet. Mit seinem Projekt am IFSH, unterstützt von Michael Brzoska, wird Rothe seine bisherigen Forschungserkenntnisse weiter vertiefen. Im Zentrum steht hierbei die Frage, wie sich die gegenwärtige Bedeutung von Resilienz als neues Paradigma in der internationalen Entwicklungs- und Sicherheitspolitik erklären lässt. Dieser Frage geht das Projekt zunächst einmal diskursanalytisch, mit einer genealogischen Untersuchung von Schlüsseldokumenten und -debatten, nach. In einer zweiten Projektphase wird der Blick auf die Mikroebene gerichtet: Anhand von teilnehmender Beobachtung und Interviews mit Expertinnen und Experten nimmt Rothe Praktiken der Resilienz- bzw. Nachhaltigkeitsförderung im Mittelmeerraum in den Blick.

Kontakt: Delf Rothe rothe@ifsh.de

P U B L I K A T I O N E N

S+F. Sicherheit und Frieden, Heft 2/2014 Interventionen zwischen Krieg und Ethik: Das Beispiel Mali

Fast zwanzig Jahre galt Mali vielen als Modell demokratischer Entwicklung in Subsahara-Afrika. Die bei-

den vergangenen Jahre offenbarten jedoch, wie brüchig diese Konstruktion war. Die Rebellion im Norden und Putschversuche im Süden führten zu internationalen Interventionen durch Frankreich, die ECOWAS und die Vereinten Nationen. Auf der Grundlage mehrerer UN-Resolutionen ist auch die EU seit April 2013 in einem Einsatz in Mali, der u.a. Ausbildungshilfe und logistische Unterstützung für die malische Armee vorsieht. Einmal mehr soll eine komplexe Intervention in einem nicht-internationalen bewaffneten Konflikt die Voraussetzung für eine politische Stabilisierung schaffen. Ist diese Form der Intervention Ausdruck eines Formwandels des Krieges? Welche Politik verfolgen Frankreich und Deutschland in Mali? Welche Konzepte zur Reform des Sicherheitssektors kommen zur Anwendung und wie werden sie umgesetzt? Wie ist die Intervention der internationalen Gemeinschaft ethisch zu bewerten? Diese Fragen markieren den Rahmen für den Themenschwerpunkt dieser Ausgabe von S+F. Autor/-innen des Themenschwerpunktes sind: Hans-Georg Ehrhart (Gastherausgeber), Stefan Brüne, Julian

Junk, Albrecht Schnabel, Ursula Schröder, Christopher Holshek, Winrich Kühne, Gerard F. Powers.

Außerhalb des Themenschwerpunktes enthält das Heft einen Aufsatz von Rolf Mützenich und David Bieger über „Wege des völkerrechtlichen Umgangs mit Kampfdrohnen“ sowie einen Beitrag von Wolfgang Schreiber von der Arbeitsgemeinschaft Kriegsursachenforschung (AKUF) über „Das Kriegsgeschehen 2013“. Darüber hinaus dokumentiert S+F eine Stellungnahme der Kommission „Europäische Sicherheit und Zukunft der Bundeswehr“ am IFSH zur Stärkung des Parlamentsbeteiligungsgesetzes. Die Rubrik Forum behandelt die Frage: „Früherkennung und zivile Krisenprävention: Wissenschaftlich unmöglich, politisch überflüssig?“. Mit Beiträgen von Jan Pospisil, Claus Neukirch, Angelika Spelten und Winfried Nachtwei.

Einen Artikel in Vollversion und die Abstracts finden Sie hier: <<http://www.sicherheit-und-frieden.nomos.de>>.

*Kontakt: Patricia Schneider schneider@ifsh.de
Hans-Georg Ebrhart ebrhart@ifsh.de*



IFSH aktuell
Ausgabe 105
Juni / Juli 2014

Verantwortlich für diese Ausgabe:
Susanne Bund, Anna Kreikemeyer

Institut für Friedensforschung und
Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg
Beim Schlump 83 · 20144 Hamburg
Tel. (040) 866 077 67 · Fax: (040) 866 36 15
E-Mail: ifsh@ifsh.de · <http://www.ifsh.de>